N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Planung und Verkehr

am 22.02.2011

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Martina Eickhoff (SPD)	anwesend bis 17.30 Uhr
Jens Hebebrand (SPD)	
Heinz Steffen (SPD)	
Herbert Ziegenbein (SPD)	
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)	
Günter Bremerich (CDU)	
Michael Dobrowolski (CDU)	anwesend bis 18.15 Uhr
Hubert Zumbusch (CDU)	
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dieter Reichwald (DIE LINKE.)	
Helmut Stalz (FWG)	
Helmut Rosenkranz (GFL)	
Carsten Jaksch-Nink (SPD)	
Gerd Oldenburg (SPD)	
Dieter Mendrina (SPD)	
Jörg-Uwe Ebner (CDU)	
Sigurd Senkel (FDP)	

sachkundige Bürger

Thorsten Kozik (SPD)	
Martin Stoltefuß (CDU)	anwesend bis 18.10 Uhr
Stephanie Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	anwesend bis 17.40 Uhr
Michael Szopieray (FDP)	

Für die Verwaltung	Gäste und Zuhörer/innen
Frau Leiße, L KfP	Herr Overkamp, GisWorks
Herr Dürholt, KfP	Herr Dr. Dannebom, Geschäftsführer der WFG Kreis Unna
Frau Pauels, KfP	Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagfraktion
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin	Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagfraktion
	Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagfraktion
	weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

015/11

Radverkehrskonzept Kreis Unna – Netzanalyse, Netzlücken und weiteres Vorgehen

Punkt 2

025/11

Regionales Entwicklungskonzept für die Region Kreis Unna/Hamm

Punkt 3

014/11

Statusbericht zum Konzept Ruhr und zu Wandel als Chance

Beitrag des Kreises Unna zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung der Metropole Ruhr

Punkt 4

026/11

Masterplan Raum- und Siedlungsstruktur – Bericht über das Verfahren

Punkt 5

017/11

Europakompetenz des Kreises

Punkt 6

016/11

Aktivitäten und Kooperationen des Kreises Unna im Bereich (Rad-)Tourismus

(SPD-Antrag „Fahrrad und regionales Tourismuskonzept Kreis Unna“)

Punkt 7

019/11

Fahrzeugförderung (§11 Abs. 2 ÖPNVG NRW) –

Verlängerung der Richtlinie zur Förderung von Fahrzeugen

Punkt 8

022/11

Vorbereitung einer Förderrichtlinie zum Ausbildungsverkehr -

Überführung des § 45a PBefG (alt) in das ÖPNVG NRW §11a (neu)

(Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr)

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

015/11

Radverkehrskonzept Kreis Unna – Netzanalyse, Netzlücken und weiteres Vorgehen

Erörterung

Herr Bremerich begrüßt Herrn Overkamp, GisWorks, der die Netzanalyse zum Handlungsprogramm Radverkehrskonzept Kreis Unna anhand eines Folienvortrags (s. Anlage 1 zur Niederschrift) vorstellt. Aufgrund dieser Datenbasis sei es nunmehr möglich, den Handlungsbedarf für den Ausbau des Radwegenetzes festzustellen und entsprechende Ziele zu formulieren.

Frau Leiße ergänzt die Ausführungen darum, dass auf dieser Grundlage ein Handlungsprogramm erstellt werde, zu dem in einer Sitzung zum Ende diesen Jahres berichtet werde. Auf Nachfrage nach den Kosten der Analyse teilt sie mit, dass diese Auskunft mit der Niederschrift erfolge (Hierzu teilt die Stabstelle Planung und Mobilität am 01.03.2011 mit, dass Kosten von ca. 17.000 Euro entstanden seien). Bei der Bewertung der

Kosten sei zu berücksichtigen, dass die zu einem Teil erstmals in dieser Form aufbereiteten Daten ebenfalls den kreisangehörigen Kommunen zur Verfügung stehen als auch für das derzeit in Erstellung befindliche LKW-Navigationssystem als Grundlage dienen werden.
Die weitere Pflege der Daten sei über das beim Kreis vorhandene Programm „map-info“ möglich.
Die Kosten für die Realisierung einzelner Maßnahmen seien noch nicht bezifferbar, da diese abhängig seien davon, welche Maßnahmeträger beteiligt seien und über welche Förderprogramme Mittel beantragt werden können bzw. bewilligt würden. Die Bezifferung könne nur bei der konkreten Planung der jeweiligen Einzelmaßnahme erfolgen.

Der Bericht der Verwaltung zum Radverkehrskonzept Kreis Unna wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 2

025/11

Regionales Entwicklungskonzept für die Region Kreis Unna/Hamm

Erörterung

Herr Bremerich begrüßt Herrn Dr. Dannebom und weist darauf hin, dass das vorliegende Regionale Entwicklungskonzept aufgrund des Rückzugs des Bergbaus aus unserer Region entstanden sei. Die Schließung des letzten Zechenstandortes, des Bergwerks Ost in Hamm, habe im September 2010 stattgefunden. Die damit verbundene Veränderung insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsplatzverlust sei eine große Herausforderung für die Lösung dieser Problematik.

Dr. Dannebom führt dazu aus, dass bereits bei Bekanntwerden der Entwicklung Gespräche mit dem zuständigen Ministerium aufgenommen worden seien. Dies habe zur Beantragung und auch Bewilligung von projektbezogenen Fördermitteln aus dem Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes NRW geführt. Der Zuschnitt der Region lediglich auf den Kreis Unna und die Stadt Hamm ergebe sich daraus, dass die möglichen weiteren Kommunen Teile anderer regionaler Zuschnitte seien.
Im Rahmen dieses Projektes sei im ersten Schritt die Erstellung des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Region Kreis Unna / Hamm in Auftrag gegeben worden.
Dieses Konzept stellt er anhand eines Folienvortrags vor (s. Anlage 3 zur Niederschrift). Ziel sei, die in der Region weggebrochenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze – 2.500 insgesamt, davon ca. die Hälfte der Arbeitnehmer/innen wohnhaft im Kreis Unna – durch neu geschaffene Beschäftigungsmöglichkeiten zu ersetzen. Im nächsten Schritt würden zu den entwickelten Projektansätzen und einer darauf bezogenen Schwerpunktsetzung bei den Projekten „ProMINT“ und „Der Innovationsstandort Kreis Unna / Hamm“ beim Land NRW die Mittel der Regionalbudgets für 2011 und 2012 in Höhe von je 240 T€ beantragt. Allerdings sei aufgrund der derzeitigen Haushaltslage des Landes mit der Bewilligung erst Mitte des Jahres zu rechnen. Die Projekte würden entsprechend vorbereitet, damit sie nach Eingang der Zusage kurzfristig starten könnten. Die darüberhinaus für die Region zur Verfügung stehenden Mittel sollen für die Umsetzung weiterer Projektansätze genutzt werden.

Herr Stalz weist darauf hin, dass das Thema Logistik und die weitere Entwicklung des Kreises Unna als

Logistikstandort Eingang gefunden hätten in das vorgestellte Konzept. Zur Verdeutlichung bittet er anhand des Beispiels des Gewerbegebiets A2 / B61 Bergkamen um Auskunft über das Vorgehen bei der Planung, Entwicklung und Finanzierung eines solchen Gebiets. Ihn interessiere dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Gewerbegebiet direkt angrenzend an eine vorhandene Wohnbebauung entstehe und neben der Versiegelung der Fläche einiges an Belastungen für die Anwohner mit sich bringen werde. Ihm gegenüber sei von den Anwohnern Unverständnis über die geplanten und im Bereich der Erschließung bereits vorbereitenden Maßnahmen geäußert worden. Er sehe hier eine Konfliktsituation. Schließlich gebe es bereits einen Logistikstandort in Bönen an der A2, in dem nach Aussage von Dr. Dannebom Flächen brach lägen. Hier bestünde eine alternative Möglichkeit, diese Flächen anstelle des neuen Bereichs zu nutzen. Ähnliches ließe sich auch für andere vorhandene und ungenutzte Gewerbeflächen sagen. Zudem sei für ihn von Interesse, welche Kosten und finanziellen Risiken mit einem solchen Projekt verbunden seien, da die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) durch den Kreis Unna finanziert werde.
Als weiteres Thema interessiere ihn, inwieweit es Bestrebungen gebe, für kleinere und mittlere Betriebe sogenannte Ausbildungspools einzurichten.

Der Logistikpark A2 / B61 Bergkamen sei kein Projekt des Regionalen Entwicklungskonzeptes, daher könne er die Fragen bzgl. der Kosten nur eingeschränkt beantworten, so Dr. Dannebom. Die Ursprünge dieses Projektes gingen zurück auf eine Änderung der Flächennutzungsplanung 1993/1994. Die Landesentwicklungsgesellschaft habe damals einen Gewerbestandort für Bergkamen gesucht und dieses Gebiet aus mehreren ausgewählt. Aufgrund einer Vereinbarung mit der Stadt Bergkamen seien zuerst andere Gewerbegebiete vermarktet worden, so z.B. die Marina Rünthe. Dies sei bis auf eine geringe Restfläche abgeschlossen. Daher sei die WFG nach Absprache mit der Stadt tätig geworden und habe mit der Erschließung dieses Bereiches begonnen. Dies vor dem Hintergrund, dass bereits erschlossene Flächen kurzfristig zu nutzen und dadurch für Investoren von größerem Interesse und somit besser zu vermarkten seien.

Im Bereich der sozialversichterungspflichtigen Arbeitsplätze sei die WFG durch Aktivitäten bei den Themen Ansiedlung, Bestandsentwicklung und Gründung tätig. Hier konnte trotz aller Bemühungen lediglich der Anteil der weggebrochenen Arbeitsplätze aufgefangen werden. Eine Beseitigung des strukturellen Defizits sei nicht möglich gewesen. Noch 1993 habe es 113.000 sozialversichterungspflichtige Arbeitsplätze gegeben, heute seien es noch 103.000. Nach wie vor seien das viel zu wenig Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere wenn der Landesvergleich betrachtet werde. Eine Verbesserung könne nur durch die Schaffung weiterer Arbeitsplätze erreicht werden und zwar durch die bereits oben genannten Aktivitäten. Die Angebotsplanung der WFG sei ein seit 50 Jahren dafür angewandtes und probates Mittel. Dazu würden Ansiedlungsflächen wie das Gewerbegebiet in Bergkamen nicht nur planerisch sondern auch erschließungstechnisch vorbereitet.

In Bergkamen erfolge dies trotz der vorhandenen topografischen Schwierigkeiten. Die Terrassierung sei Voraussetzung für Ansiedlungsmöglichkeiten. Sie erfolge bereits jetzt, da die Witterungsverhältnisse gut geeignet und damit die Kosten im Rahmen zu halten seien. Die hierfür notwendigen Maßnahmen seien transparent gemacht und im Vorfeld mit der Bürgerinitiative abgestimmt worden.
Die WFG werde hier treuhänderisch tätig. Dazu sei ein Vertrag mit der Stadt Bergkamen geschlossen worden. Somit entstünden der WFG keinerlei Kosten. Die Maßnahmen würden vorfinanziert bei einer

Erstattung mit entsprechender Verzinsung und es gebe eine Bezahlung der von der WFG vorgenommenen Leistungen.
Er sei gerne bereit, weitere offenen Fragen zu diesem Gewerbegebiet in Gesprächen zu klären.

Herr Bremerich weist im Hinblick auf die noch anstehenden Beratungen zu den folgenden Tagesordnungspunkten darauf hin, dass es sich bei den Fragen von Herrn Stalz zum Gewerbegebiet Bergkamen um ein sehr spezifisches Thema handele, dass nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem vorgestellten Bericht stehe und er daher zum eigentlichen Thema zurückkehren wolle. Abschließend erteilt er Frau Schneider das Wort.

Diese appelliert an die WFG, zukuntig erst zu versuchen, die vorhandenen Standorte auszuschöpfen, bevor neue erschlossen würden, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Landschaftsversiegelung.

Herr Dr. Dannebom stimmt ihr zu. 30 Prozent der Aktivitäten der WFG erfolgten in diesem Bereich. Hindernisse ergäben sich aber sowohl aus schwierigsten Eigentumsverhältnissen als auch dort, wo Eigentümer zu ermitteln und ansprechbar seien, aus deren Vermarktungsvorstellungen.

Ausbildungspools entstünden lt. Dr. Dannebom insbesondere zwischen kleineren und mittleren Betrieben, um durch Zusammenarbeit alle notwendigen Ausbildungsbereiche in einer guten Qualität abdecken zu können. Leider sei dies im Kreisgebiet noch nicht so verbreitet, wie es wünschenswert sei. Die Stiftung Weiterbildung führe zu diesem Thema Gespräche mit den Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, die für die betriebliche Ausbildung zuständig seien. Lediglich in sogenannten Notfällen wie Insolvenzen oder Betriebsaufgaben aus anderen Gründen würden von dort solche Möglichkeiten eröffnet. Darüber hinaus werde von den Kammern nicht unbedingt eine Notwendigkeit für Ausbildungspools gesehen. Die Stiftung Weiterbildung werde sich dieses Themas aber weiterhin annehmen.

Lt. Herrn Senkel sei klar, dass die Durchführung der Projekte des Entwicklungskonzeptes mit Kosten verbunden sei. Hier sei von Wichtigkeit, welche Risiken die WFG zu tragen habe.
Sowohl die Erstellung des Konzeptes als auch die daraus resultierenden Projekte würden zu 90 Prozent vom Land bezuschusst, so Dr. Dannebom. Der Eigenanteil, der verbleibe, werde zu 60 Prozent von der WFG Unna und zu 40 Prozent von Hamm getragen.

Herr Barrenbrügge fragt nach, inwieweit es zwischen dem hier vorgestellten Entwicklungskonzept und dem im nächsten Tagesordnungspunkt anstehenden Statusbericht zum Konzept Ruhr Verknüpfungen von Projekten gebe.
Dr. Dannebom erläutert, dass es im Bereich der Metropole Ruhr durchaus verschiedene Konzepte gebe, diese aber durch die Beteiligung der Wirtschaftsförderer der Region im sogenannten beratenden Kreis in die Diskussion und einen Abstimmungsprozess eingebracht würden. Abhängig sei dies aber von den gegebenen Fördermöglichkeiten, die einen engen Rahmen vorgäben. Die Schwerpunkte, die sich der Kreis Unna gesetzt habe, seien durchgängig Schwerpunkte des gesamten Ruhrgebiets und fänden sich in Konzepten anderer Kommunen wieder.
Frau Leiße ergänzt, dass der Statusbericht Konzept Ruhr im Wesentlichen durch die beteiligten Planerinnen

und Planer aus der Region erstellt werde. Dies geschehe seit einigen Jahren in Verknüpfung mit den Themen der Wirtschaftsförderer.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3

014/11

Statusbericht zum Konzept Ruhr und zu Wandel als Chance

Beitrag des Kreises Unna zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung der Metropole Ruhr

Erörterung

Herr Stalz meldet Erörterungsbedarf zum Stand der Umsetzung des Projektes „Wasserstadt Aden“ an.
Frau Leiße weist darauf hin, dass sie lediglich zu den Rahmenbedingungen ausführen könne. Es handele sich hier um ein Projekt, das aufgrund seines Umfangs auch durch EU-Mittel finanziert werden solle. Hierfür sei u.a. eine Kosten-Nutzen-Analyse notwendig gewesen, bei der es Schwierigkeiten mit dem Land als Fördergeber gegeben habe, die nach ihrem Kenntnisstand aber inzwischen ausgeräumt seien. Zur Zeit erfolge eine Detailplanung.
Über die im Statusbericht aufgeführten Projekte sei von den Städten und Gemeinden berichtet und dies durch die Koordinierungsstelle für Planungsaufgaben übernommen worden. Detailfragen könne daher bei dem Projekt „Wasserstadt Aden“ nur die Stadt Bergkamen beantworten.

Im Anschluss werden weitere Verständnisfragen von Ausschussmitgliedern beantwortet.

Beschluss

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt den Statusbericht zum „Konzept Ruhr“ und zu „Wandel als Chance“ zur Kenntnis. Der Landrat wird beauftragt die weitere Arbeit im Rahmen des „Konzepts Ruhr“ und „Wandel als Chance“ unter besonderer Berücksichtigung der übergreifenden Ziele, der künftigen Förderkulisse und der Verknüpfung mit der Regionalplanung beim RVR weiter zu begleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

026/11

Masterplan Raum- und Siedlungsstruktur – Bericht über das Verfahren

Erörterung

Frau Leiße erläutert die Sitzungsvorlage. Ergänzend weist sie darauf hin, dass es Ziel des RVR sei, bis 2015 einen flächendeckenden Regionalplan für das gesamte Verbandsgebiet zu erstellen. Der Masterplan sei ein Schritt auf diesem Weg. Der derzeit sich in der Beratung befindenden Raumanalyse messe sie in diesem

Zusammenhang große Bedeutung zu. Aus diesem Grund solle eine Stellungnahme in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden des Kreises erarbeitet werden, um die Interessen der Region einzubringen.

Der hier verfolgte Ansatz sei vernünftig, so Herr Stalz, da er dazu dienen werde, Konfliktsituationen bei Planungsmaßnahmen frühzeitig zu erkennen und dadurch Eskalationen zu vermeiden.

Der Bericht wird zur Kennnis genommen.

Punkt 5

017/11

Europakompetenz des Kreises

Erörterung

Herr Bremerich weist darauf hin, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung durch den Gutachter vorgeschlagen worden sei, nach Ablauf der derzeitigen Projektförderung (Ende 2012) für das EUROPE-DIRECT-Informationszentrum die Aufgaben des Europa-Büros nicht mehr wahrzunehmen. Für die Jahre 2011 und 2012 sei eine Kürzung des Ansatzes von je 10 T€ und ab 2013 von 80 T€ vorgesehen. Hierüber stehe die Entscheidung des Kreistages noch aus. Der heutige Bericht könne als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen dienen.

Frau Pauels stellt sodann anhand eines Folienvortrages, der der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist, die Arbeit des Europa-Büros vor.

Lt. Herrn Stalz zeige der Bericht, dass es möglich sei, mit geringem Aufwand viel zu erreichen. Deutschland sei Hauptzahler der EU. Es mache daher Sinn, wenn Mittel zurück flössen auch in den Kreis Unna. In diesem Zusammenhang interessiere ihn, welche Mittel im Kreis zur Verfügung stünden.
Frau Pauels erläutert dazu, dass es für den Förderzeitraum 2007 bis 2013 eine projektbezogene und nicht mehr regionalbezogene Mittelausschüttung aus den verschiedenen EU-Programmen gebe, die in den meisten Fällen direkt an die Antragsteller erfolge. Es gebe daher keinen Überblick über den Umfang der in das Kreisgebiet geflossenen Fördergelder. Lediglich zu bekannten Einzelmaßnahmen – wie die in der Sitzungsvorlage genannten – sei eine Auskunft möglich.

Herr Hebebrand führt aus, dass der Bericht zeige, wie wichtig die Wahrnehmung der Aufgabe Europa-Büro für den Kreis Unna sei. Der Bereich müsse daher auch zukuntig erhalten bleiben und sollte weiterhin an die Koordinierungsstelle für Planungsaufgaben und den Ausschuss für Planung und Verkehr angebunden sein.

Der Bericht wird zur Kennnis genommen.

Punkt 6

016/11

Aktivitäten und Kooperationen des Kreises Unna im Bereich (Rad-)Tourismus

(SPD-Antrag „Fahrrad und regionales Tourismuskonzept Kreis Unna“)

Erörterung

Herr Hebebrand stellt fest, dass der Umfang der bereits bestehenden Kooperationen erstaunlich sei. Seiner Fraktion sei es wichtig, dass dies fortgeführt und ausgebaut werde.

Herr Bremerich weist auf die zu diesem Tagesordnungspunkt verteilten Flyer und Broschüren hin.

Auf Nachfrage von Herrn Reichwald erläutert Frau Leiße, dass im vergangenen Jahr beschlossen worden sei, eine Karte über eine Fahrradtour zu erstellen, die die Sehenswürdigkeiten im Kreisgebiet verbinde. Bisher sei nur die Nordroute beschildert. Damit diese genutzt werden könne, sei eine Karte nur für diesen Bereich erstellt worden. Die Gesamtkarte und -beschilderung befinde sich noch in der Erarbeitung.

Beschluss

Die Aktivitäten und Kooperationen im Bereich (Rad-)Tourismus werden projektbezogen fortgeführt und intensiviert.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

019/11

Fahrzeugförderung (§11 Abs. 2 ÖPNVG NRW) –

Verlängerung der Richtlinie zur Förderung von Fahrzeugen

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Richtlinie zur Fahrzeugförderung aus den Jahren 2008 ff. (vgl. Sitzungsvorlage 135/08) bis zum 31.12.2011 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

022/11

Vorbereitung einer Förderrichtlinie zum Ausbildungsverkehr -

Überführung des § 45a PBefG (alt) in das ÖPNVG NRW §11a (neu)

(Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr)

Der Sachstandsbericht zu den Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Erörterung

1. **Nahverkehrsplan**

   Der Nahverkehrsplan sei an zwei Punkten zu ergänzen, so Frau Leiße. Es solle ein Gutachter tätig werden zu den Themen Nacht-ÖPNV und ÖPNV-Anbindung von Gewerbegebieten. Bis zum Sommer sollen die Vorschläge für die Beratungen in den Städten und Gemeinden des Kreises vorliegen, so dass zum Ende des Jahres ein Beschlussvorschlag für die Gremien des Kreises gemacht werden könne.

2. **Klage gegen Direktvergabe**

   Herr Barrenbrügge teilt mit, dass es gegen den Kreis Borken ein Klageverfahren zur dort erfolgten Direktvergabe gebe und der Kläger einen ersten Teilerfolgt erzielt habe. Er fragt an, ob dies für den Kreis Unna ebenfalls zu erwarten sei.

   Frau Leiße antwortet, dass aufgrund des beim Kreis Unna gewählten Verfahrens mit einer solchen Klage nicht zu rechnen sei. Es bestehe ein enger Kontakt zu dem Gutachter, der das Verfahren seit geraumer Zeit begleite. Dieser habe sie in ihrer Auffassung bestärken können.

3. **Sperrung der Dortmunder Straße – Umleitung über den Afferder Weg**

   Frau Schneider führt aus, dass bedingt durch die Umleitung aufgrund der Sperrung der Dortmunder Straße über den Afferder Weg die dort vorhandenen Bäume erheblich leiden. Ihrer Kenntnis nach handele es sich hier um eine Kreisstraße, so dass sie interessiere, welche Maßnahmen unternommen werden könnten.

   Frau Leiße teilt mit, dass sie die Anfrage an den zuständigen Bereich weitergeben werde.

Anlagen

- Folienvortrag Netzanalyse zum Handlungsprogramm Radverkehrskonzept Kreis Unna
- Folienvortrag Regionales Entwicklungskonzept für die Region Kreis Unna / Hamm
- Folienvortrag Fit für Europa – Europakompetenz des Kreises auf- und ausbauen

Ende der Sitzung 18.30 Uhr

Bremerich	Bierwolf-Siegrist
Vorsitzender	Schriftführerin